

Große Worte

30 Jahre Priesterdekret des Konzils

Am 7. Dezember 1965, dem vorletzten Tag des Zweiten Vatikanischen Konzils, wurde zusammen mit der Pastoralkonstitution „*Gaudium et spes*“, dem Missionsdekret und der besonders umstrittenen Erklärung über die Religionsfreiheit das Dekret „*Presbyterorum ordinis*“ über Dienst und Leben der Priester feierlich verkündet. Aus Anlaß des dreißigjährigen Jubiläums des Priesterdekrets veranstaltete die Kleruskongregation Ende Oktober in Rom ein großangelegtes internationales Symposium, das sich mit Identität, Sendung, Spiritualität und Bildung der Priester befaßte.

„*Presbyterorum ordinis*“ gehört zwar nicht zu den „großen“ Konzilstexten mit ihren grundlegenden Weichenstellungen für Selbstverständnis und Weltverhältnis der katholischen Kirche. Aber das Dekret hat vor allem das Verdienst, Engführungen im traditionellen Priesterbild aufgebrochen bzw. frühere Schwerpunkte durch *neue Akzente* ergänzt zu haben: „Nicht Weihe und Heiligkeit des Priesters, sondern sein Dienst und seine Aufgabe in der Kirche stehen im Vordergrund der Betrachtung“ (Friedrich Wulf im LThK-Konzilskommentar).

In der Vorrede zum Priesterdekret ist von „seelsorglich und menschlich vielfach veränderten Verhältnissen“ die Rede, in denen die Priester ihr Amt ausüben müßten. Die Verhältnisse sind seit dem Konzilstext *schwieriger und komplexer geworden*: Die kirchlich-gesellschaftlichen Milieus, in die Priester bis vor einigen Jahrzehnten weitgehend eingebunden waren, existieren praktisch nicht mehr. Das religiös-kulturelle Umfeld, in dem Priester das Wort Gottes verkünden, Sakramente spenden und Gemeinden leiten, ist bunter und damit auch anspruchsvoller als zu früheren Zeiten;

so gut wie alle Selbstverständlichkeiten in bezug auf Glaube und Kirche sind jedenfalls in unseren Breiten ins Wanken geraten.

Auch innerhalb der Weltkirche stellt sich die Lage recht unterschiedlich dar. Es gibt Diözesen und Regionen mit reichlich Priesternachwuchs und solche, in denen bei Priesteramtskandidaten und Priesterweihen die Kurve massiv nach unten zeigt. In den deutschen Diözesen ist die Zahl der Priesteramtskandidaten derzeit mehr oder weniger stark rückläufig mit den bekannten Folgen für die Struktur der Seelsorge in den Gemeinden.

Auf gesamtkirchlicher Ebene war man in den vergangenen Jahren sichtlich darum bemüht, den *theologisch-spirituellen Rahmen* für Ausbildung und Dienst der Priester zu stabilisieren und ihre *Identität* zu stärken. Im Anschluß an die Vollversammlung der Bischofsynode zum Priesterthema im Herbst 1990 (vgl. HK, Dezember 1990, 574 ff.) veröffentlichte Johannes Paul II. Anfang 1992 das Apostolische Schreiben „*Pastores dabo vobis*“ (vgl. HK, Mai 1992, 204 ff.). Ein Kernsatz des Schreibens: „Der Priester findet die volle Wahrheit seiner Identität darin, sich von Christus herzuleiten, in besonderer Weise an Christus teilzuhaben...“ (Nr. 12). Im Frühjahr 1994 legte dann die Kleruskongregation ein „Direktorium für Dienst und Leben der Priester“ vor, das sich ausführlich der Identität, der Spiritualität und der Weiterbildung der Priester widmet.

In der Schlußbotschaft des Symposiums zu 30 Jahren „*Presbyterorum ordinis*“ (Osservatore Romano, 29. 10. 95) tauchen weitgehend Stichworte und Akzentsetzungen auf, die aus den genannten Dokumenten schon geläufig sind: So ist die Rede von der notwendigen „Vertiefung der priesterlichen Identität“, von der Gleichgestaltung mit Christus, dem Priester, von der Vertiefung der Theologie des Wehesakraments wie des Unterschieds zwischen dem Amtspriestertum und dem Priestertum aller Gläubigen, von der großen Bedeutung der Sorge um Priesterberufungen. Der Text schließt

mit einem schon fast hymnisch formulierten Dank an die Priester und mit dem in kirchlichen Verlautbarungen inzwischen obligatorischen Ausblick auf die bevorstehende Jahrtausendwende.

Es bleibt die Frage, was die vielen großen Worte über die besondere Christusbeziehung als Kern priesterlicher Identität, die Forderungen nach spiritueller Vertiefung und Einsatz im Dienst der Evangelisierung bei den Adressaten einerseits und beim Volk Gottes andererseits bewirken. Daß das geweihte Amt und damit auch das Priesteramt zur unaufgebbaren Grundstruktur der Kirche gehören, darüber braucht man im Ernst nicht zu streiten. Aber damit ist noch nicht gesagt, wie der Dienst des Priesters in Zusammenarbeit mit den vielen Diensten von Gläubigen ausgeübt werden soll, nach welchen Kriterien und auf welchen Wegen künftige Priester ausgewählt und ausgebildet werden sollen. Der Pflichtzölibat ist hier bei weitem nicht das einzige Thema.

Am Schluß von „*Presbyterorum ordinis*“ heißt es: „Der gleiche Heilige Geist, der die Kirche antreibt, neue Wege zur Begegnung mit der gegenwärtigen Welt zu eröffnen, rät auch entsprechende Anpassungen des priesterlichen Dienstes an und fördert sie.“ Man sollte diesen Satz heute neu beherzigen. ru

Gefährdet

Der Mord an Rabin macht innere Spannungen Israels deutlich

Der Mord an Israels Premierminister *Jitzhak Rabin* hat auf unerhört drastische, wenn auch nicht völlig unerwartete Weise deutlich werden lassen, wie gefährdet der Friedensprozeß ist, den Israel und die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) einerseits sowie Israel und Jordanien andererseits bisher eingeschlagen haben. Nur schon die Vorstellung, eines nicht allzu fer-

nen Tages könnte, wie bereits von arabisch-extremistischer Seite angedroht, *Jassir Arafat* ein ähnliches Schicksal ereilen, läßt erahnen, wie leicht das Kartenhaus des Friedens zum Einsturz gebracht werden könnte. Einen ähnlich zwingenden Ersatz wie *Shimon Peres* für Rabin auf israelischer ist auf palästinensischer Seite nicht in Sicht.

Manches spricht indes auch dafür, daß der Friedensprozeß nun weniger gefährdet denn je, wenigstens was seine jüdischen Gegner anbelangt, dastehen könnte. Der israelischen Rechten ist momentan die Möglichkeit genommen, die aus ihrer Sicht anzumahnen- den Schwachstellen des Friedensprozesses zu eigenen Gunsten zu nutzen: Die weltweite Zustimmung für den „Märtyrer des Friedens“ war zu groß, die Selbstkritik einschließende Trauer in breiten Schichten der israelischen Bevölkerung zu mächtig, so daß sich Versuche verboten, aus den Problemen des Friedensprozesses parteipolitisches Kapital schlagen zu wollen. Wie lange diese Schamfrist oppositioneller Zurückhaltung andauern wird, ist jedoch eine andere Frage.

Innehalten ließ aber nicht nur die Gefährdung des Friedensprozesses in den Tagen nach dem Mord an *Jitzhak Rabin*. Dieser Mord wirft ein deutlicheres Licht denn je auf die *innere Verfassung des Staates Israel*, die aller Voraussicht nach auch dann noch ein ernstzunehmendes Problem darstellen wird, wenn in der Westbank einmal die Normalität einer etablierten palästinensischen Staatlichkeit Einzug gehalten haben sollte.

Mehr als 45 Jahre nach seiner Staatsgründung fehlt Israel ein verlässlicher Grundkonsens über die politischen und gesellschaftlichen Lager hinweg. Die tragenden Pfeiler des Zionismus befinden sich in einer Krise: Die Kibbuz-Bewegung, einst Kinderstube der politischen, militärischen und administrativen Elite des Landes, lebt inzwischen von den Verdiensten der Vergangenheit – in einer sich zunehmend individualisierenden, postmaterialistischen israelischen Gesellschaft gerät sie an den Rand. Die mit der Kibbuz-Bewegung eng verbundene Arbeits-

partei konnte sich nur deshalb an die Spitze des palästinensisch-israelischen Friedensprozesses setzen, weil an der Spitze der von ihr geführten Regierung ein jeden Utopismus unverdächtiger „Falke“, ein Militär, der Sieger des Sechstagekrieges von 1967 stand.

In das Machtvakuum, das die traditionellen Träger israelischer Staatlichkeit hinterließen, zogen seit den 70er Jahren rechte und nationalistische Parteien und Gruppierungen. Das Zünglein an der Waage blieben religiöse Parteien mit ihren eigenen Gesetzen politischer Rationalität. Mit der Entscheidung, sich zusammen mit *Jassir Arafat* auf diesen Friedensprozeß einzulassen, fiel das letzte parteiübergreifende Tabu der israelischen Gesellschaft: die Gesprächsverweigerung gegenüber der PLO. Was für die Führung unter Rabin zu einer Frage politischer, insbesondere sicherheitspolitischer Pragmatik wurde, die Rückgabe der seit 1967 besetzten Gebiete, war für die israelische Rechte eine Frage von prinzipiellem Charakter, ja von geradezu religiöser Qualität. Ihnen geht es um *Boden*, nicht um den *Staat Israel*.

Nur aus dieser Dynamik heraus ist zu verstehen, warum es so weit kommen konnte, daß ein israelischer Premierminister durch einen jüdischen Täter ermordet wurde. In den Augen der religiösen Rechten Israels ist der von Rabin wesentlich mitgestaltete Friedensprozeß mehr als nur ein Ausverkauf israelischer Interessen, er ist eine Zuwiderhandlung gegen einen für irreversibel gehaltenen göttlichen Heilsplan. Rabin brachte mit seiner Politik die *Träume von einem Großisrael zum Zerplatzen*, die sich im letzten nur religiös, nicht aber politisch begründen lassen.

Aber selbst wenn sich die politische Lage in den ehemaligen besetzten Gebieten einschließlich Ostjerusalems eines Tages tatsächlich beruhigt haben sollte, für Israel selbst droht aus dieser politischen Ecke weiter erheblicher politischer Zündstoff. Auch das letzte Konsenselement israelischer Staatlichkeit, die Selbstdefinition als „jüdischer Staat“, verspricht auf die Dauer keinen sicheren Boden, so zentral sie

auch für die Gründungs- und Aufbau- phase, ja für den gesamten Entstehungshintergrund war. Heute wird die Rückgabe der besetzten Gebiete bekämpft, indem man sich auf Besitzrechte beruft, die bis in biblische Zeiten zurückreichen; morgen werden die gleichen Kräfte Israel daran hindern, ein *Staat wie jeder andere* zu werden. Heute mögen solche Gedanken erst in Minderheiten anzutreffen sein; die Notwendigkeit zu dieser Selbstbesinnung wird, die erfolgreiche Fortsetzung des Friedensprozesses vorausgesetzt, jedoch schneller kommen, als es manchem Politiker lieb sein wird.

Solange Israel nämlich nicht ein Staat nach westlich-pluralistischem Muster ist und an seiner religiösen Selbstdefinition sowie an der Verflechtung jüdischer und staatlicher Instanzen festhält, wird dieses Land nicht zur Ruhe kommen. Schon heute lebt der sich als jüdisch verstehende Staat Israel mit einer erheblichen arabischen (muslimischen und christlichen) Minderheit. Es ist abzusehen, daß dieser oftmals übersehene Teil der Bevölkerung Israels schon rein quantitativ an Bedeutung zunehmen wird. Solange man einer formierten arabischen gegnerischen Front gegenüberstand, arrangierte man sich notgedrungen mit diesen Ungereimtheiten eigener Staatlichkeit. In dem Maße, wie nach außen politische Normalität erreicht wird, lassen sie sich weniger denn je unter den Teppich kehren. nt

Diskriminiert?

EuGH entscheidet gegen eine „leistungsbezogene“ Frauenquote

Die Söhne wollen nicht für die Sünden der Väter und Vorväter büßen, die heutige Generation männlicher Berufsträger nicht den über Jahrzehnte und Jahrhunderte angehäuften Schuldenberg allein und vor allem nicht auf einmal wegschaufeln müssen. Wenn es sein muß, läßt sich diese Weigerung